

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2970 –

**Keine Rundfunkgebühr für Computer mit Internetanschluss –
die Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
grundlegend reformieren**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen,
Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3002 –

**Moratorium für PC-Gebühren – sofortige Neuverhandlung
des Rundfunkgebührenstaatsvertrages**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Berninger, Grietje Bettin und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2793 –

PC-Gebühren-Moratorium verlängern

A. Problem

Laut Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) vom 1. März 2005 soll vom 1. Januar 2007 an eine Rundfunkgebühr für internetfähige Computer entrichtet werden. Diese Gebühr wird damit begründet, dass es durch den Prozess der Digitalisierung keinen Unterschied mehr macht, ob man Radio oder Fernsehen über Internet oder einen herkömmlichen Empfänger nutzt. Damit läuft ein Moratorium aus, das Computer bisher von der Rundfunkgebührenpflicht ausgenommen hat. Die Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern in ihren Anträgen, auf die Einführung der PC-Gebühr mindestens zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten und das Moratorium zu verlän-

gern. Die Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren darüber hinaus für eine grundlegende Neuordnung des Abgabensystems zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge.

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2970 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3002 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2793 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/2970 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/3002 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 16/2793 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2006

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Jörg Tauss
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Jörg Tauss, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Grietje Bettin

I. Überweisungen

Die Anträge auf **Drucksachen 16/2970, 16/3002 und 16/2793** sind in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2006 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 16/2970

In dem Antrag der Fraktion der FDP wird die Rundfunkgebühr für internetfähige Computer als nicht gerechtfertigt und ungerecht bezeichnet. Sie sei eine unzumutbare Belastung für private Computernutzer, Unternehmer, Freiberufler und Gewerbetreibende. Die Fraktion der FDP plädiert dafür, das Moratorium für die Rundfunkgebührenpflicht internetfähiger Computer und sonstiger neuartiger Rundfunkempfangsgeräte um zwei Jahre zu verlängern. Außerdem wird vorgeschlagen, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks künftig durch eine Medienabgabe zu gewährleisten.

b) Antrag auf Drucksache 16/3002

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird die ersatzlose Streichung der Rundfunkgebührenpflicht für internetfähige Computer oder zumindest die Aussetzung von der Anwendung für weitere drei Jahre gefordert. Des Weiteren soll die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über ihr weiteres Vorgehen in dieser Frage unterrichten.

c) Antrag auf Drucksache 16/2793

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag, das Moratorium zur Einführung einer PC-Rundfunkgebühr bis Ende 2008 zu verlängern. Der dadurch entstehende zeitliche Spielraum soll genutzt werden, eine unbürokratische, zeitgemäße und gerechte Lösung für die Rundfunkgebühren zu schaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag auf Drucksache 16/2970

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE., gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie einer Enthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat am 29. November 2006 die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

b) Antrag auf Drucksache 16/3002

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat am 29. November 2006 die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

c) Antrag auf Drucksache 16/2793

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat am 29. November 2006 die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat sich in seiner 23. Sitzung am 29. November 2006 mit den Anträgen befasst und deren Ablehnung beschlossen.

a) Antrag auf Drucksache 16/2970

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

b) Antrag auf Drucksache 16/3002

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP.

c) Antrag auf Drucksache 16/2793

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion der FDP.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betrachteten die Anträge als populistisch und als teilweise überholt. Eine weitere Verlängerung des Moratoriums zur Einführung einer PC-Gebühr wurde abgelehnt. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD erwarteten nun das von der Rundfunkkommission zu erarbeitende Konzept. Die Erhebung einer Medienabgabe wurde als familienfeindlich bezeichnet. Zudem seien mit der Einführung einer Medienabgabe sowohl verfassungsrechtliche Probleme als auch Schwierigkeiten mit der EU-Kommission verbunden. Nachhaltige finanzielle Einbußen für den gewerblichen Bereich seien mit der PC-Gebühr nicht verbunden, wenn es zu einer großzügigen Zweitgeräte-Befreiungsregelung komme.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass es bisher nicht zu einer grundlegenden Neugestaltung der Gebührenordnung gekommen sei. Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunkanbietern gebe es nicht. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse aufkommensneutral auf eine neue Grundlage gestellt werden, und die vom technischen Fortschritt überholte gerätebezogene Rundfunkgebühr durch eine Medienabgabe ersetzt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** setzte sich für eine Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages im Sinne der Streichung der PC-Gebühren für internetfähige Computer ein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** gestand zu, dass ihr Antrag in Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums für die PC-Gebühren überholt sei. Sie halte aber nach wie vor ein neues Finanzierungsmodell für erforderlich und spreche sich deshalb dafür aus, weiterhin Druck auf die Ministerpräsidenten auszuüben, damit tatsächlich ein neues Gebührenmodell erarbeitet wird.

Berlin, den 29. November 2006

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Jörg Tauss
Berichterstatter

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

